

# QUERFELD

*Das Jahresmagazin des Sächsischen Flüchtlingsrates*



DIE GEISTER, DIE SIE RIEFEN

## **Abschotten**

„Bleibeperspektive“ –  
Die Macht eines Begriffes  
SEITE 29

## **Ankommen**

Doppelinterview mit Christian  
Hartmann & Juliane Nagel  
SEITE 54

## **Abschieben**

Abschiebungshaft –  
Haft ohne Straftat  
SEITE 104

## **Ankämpfen**

NGOs in Ungarn –  
stigmatisiert & bedroht  
SEITE 125



# **Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen Sachsens?**

MIRIAM BÜRER, PROF. DR. BIRGIT GLORIUS & HANNE SCHNEIDER

**Internationale Migration wurde lange Zeit mit Städten und urbanem Leben verknüpft: Begriffe wie „Multikulti“, „Diversität“ aber auch „Problemviertel“ oder „Segregation“ prägten die Debatten rund um das Thema Zuwanderung. Spätestens seit den angestiegenen Flüchtlingszahlen der vergangenen Jahre wird Migration und Integration nun auch in kleineren Gemeinden und peripheren Regionen ein Thema – in Sachsen ebenso wie in anderen Bundesländern. Gesellschaftliches Miteinander und Integrationsbedingungen für Geflüchtete sind somit auch außerhalb größerer Ballungsbiete von höchster Aktualität.**

## **G**eflüchtete aufs Land?

In Sachsen wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern sind die meisten ländlichen Regionen seit Jahrzehnten von Abwanderung betroffen. Besonders in den Jahren nach der politischen Wende von 1989/90 verließen viele Menschen den Freistaat aufgrund von Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Zwischen 1990 und 2013 schrumpfte die sächsische Bevölkerung aufgrund von Abwanderung und Geburtenrückgang um 15 Prozent (von 4,7 auf 4,0 Millionen). Dieser Trend ist vor allem in ländlichen Regionen spürbar, da es vor allem die jüngeren Bevölkerungsgruppen waren, die diese Gemeinden verließen. So verlor beispielsweise die Erzgebirgsgemeinde Johanngeorgenstadt zwischen 1990 und 2013 mehr als die Hälfte ihrer Einwohner\*innen, das Durchschnittsalter stieg um 13,6 Jahre auf über 51 Jahre (StBa 2014). Diese Entwicklungen führten unter anderem zum Leerstand von Wohngebäuden sowie dem Rückbau öffentlicher Infrastruktur. Als nun im Jahr 2015 mit dem raschen Anstieg der Flüchtlingszahlen nach pragmatischen Lösungen der Unterbringung gesucht wurde, wurde von verschiedenen Seiten unter dem Schlagwort „Flüchtlinge aufs Land“ eine überproportionale Zuteilung von Geflüchteten in ländliche Regionen Ostdeutschlands aufgrund des dortigen Wohnraumangebots befürwortet (z.B. Braun, Simons 2015; Franke, Magel 2016). Dies war unter dem damaligen Druck, Kapazitäten für die Erstunterbringung zu finden, verständlich, muss jedoch intensiver beleuchtet

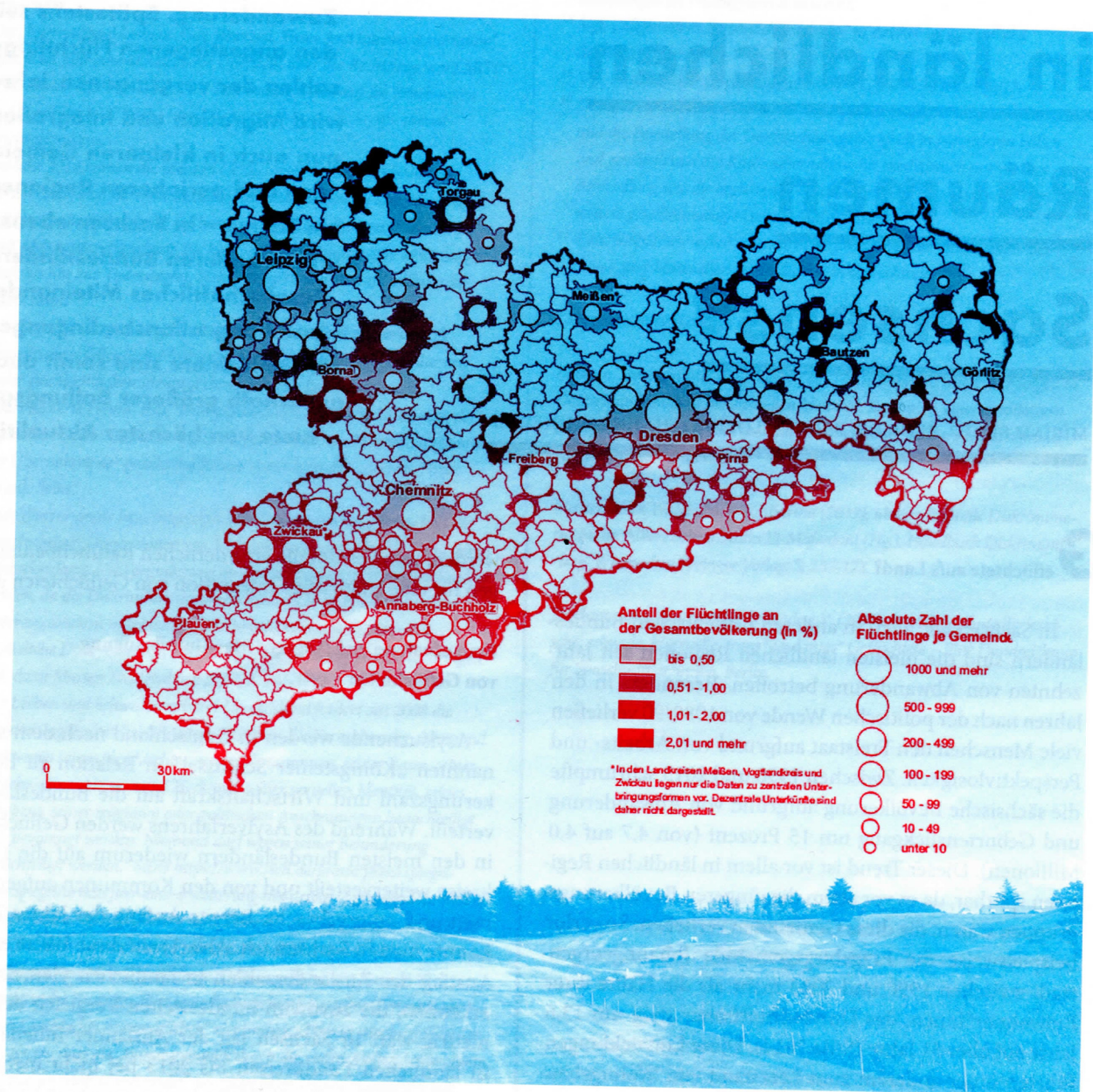
werden, wenn es um die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine langfristige Integration von Geflüchteten geht.

### **Erstaufnahme und längerfristige Unterbringung von Geflüchteten**

Asylsuchende werden in Deutschland nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ in Relation zu Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft auf die Bundesländer verteilt. Während des Asylverfahrens werden Geflüchtete in den meisten Bundesländern wiederum auf die Landkreise weiterverteilt und von den Kommunen aufgenommen und untergebracht. Bereits Anfang des Jahres 2015 konnte man in Sachsen (sh. Abb. 1) auf diese Weise einen Anstieg der Ausländerzahlen in ländlichen Gemeinden erkennen, die zuvor im bundesweiten Vergleich extrem niedrig war: In Sachsen lag der Ausländer\*innenanteil in ländlichen Landkreisen bis 2013 bei nicht mehr als 1,9 Prozent (Landkreis Görlitz), zumeist sogar bei nicht mehr als einem Prozent (0,8 Prozent im Erzgebirgskreis) (StLA 2013). Auch wenn der prozentuale Anteil der Ausländer\*innen in ländlichen Gebieten Sachsens weiterhin vergleichsweise gering ausfällt, verdoppelte er sich in einigen Regionen durch die neuzugezogenen Geflüchteten, beispielsweise im Erzgebirgskreis von 2013 auf bis 2017 von einem auf zwei Prozent.

Migration ist zwar seit Jahrhunderten nicht ausschließlich ein städtisches Phänomen<sup>1</sup>, jedoch stellt die unerwartet hohe Anzahl an Geflüchteten neue Anfor-







derungen an Kommunen aber auch die Zivilgesellschaft. Neben der Bereitstellung von Wohnraum müssen auch Kapazitäten in der Bildungsinfrastruktur, bei der Arbeitsmarkteingliederung und in der sozialen Betreuung vorgehalten werden. Nicht alle diese Strukturen mussten 2015 spezifisch für die Geflüchteten neu geschaffen werden, doch gerade im Bereich Sprachmittlung, Sprachkurse, soziale Integration und interkulturelle Kompetenz betraten viele Kommunen weitgehend Neuland.

Auch wenn bundesweite Erfahrungsberichte von Erfolgen der Integration von Geflüchteten in ländlichen Gemeinden berichten (z.B. Franke, Magel 2016; Ohliger, Schweiger, Veyhl, o.J.), so zeigen die verfügbaren Zahlen auch, dass viele Neuzugewanderte die ländlichen Regionen, in die sie verteilt wurden, schnell verlassen. So verzeichnen insbesondere kleine Gemeinden in ländlichen Landkreisen Sachsens eine deutliche Abwanderung von Geflüchteten, wie etwa die in den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Bautzen oder Görlitz. Viele ziehen offensichtlich in die Mittelzentren innerhalb der Landkreise, oder auch in nahe Großstädte wie Dresden und Leipzig.<sup>2</sup>

Auf politischer Ebene versuchte man, auf diese Bewegungen zu reagieren: Seit der umstrittenen Änderung im Aufenthaltsgesetz 2016 als Reaktion auf die gestiegene Anzahl von Geflüchteten sind entsprechend §12a Aufenthaltsgesetz Geflüchtete verpflichtet, in dem Bundesland zu wohnen, dem sie während des Asylverfahrens zugeteilt wurden. Seit dem 1. April 2018 gilt vor diesem Hintergrund ein Erlass des Sächsischen Innenministeriums zu einer verschärften Wohnsitzregelung, die darauf abzielt, eine übermäßige Belastung der großen Städte zu vermeiden. Die Landkreise können hiernach eine gemeindenaue Wohnsitzauflage erteilen. Der Ansatz wird von bundesweiten Kommunalverbänden, darunter dem Deutschen Landkreistag, befürwortet, unter anderem weil man sich davon positive Impulse für die demographische Entwicklung ländlicher Regionen verspricht.<sup>3</sup> Kritik an dieser Politik kommt insbesondere von Wohlfahrtsverbänden, ebenso wie von Flüchtlingsräten oder anderen Beratungsstellen.

#### Wie können Wohnsitzpräferenzen Geflüchteter untersucht werden?

Wissenschaftliche Erklärungsansätze, die Abwanderungs- und Bleibegründe von Migrant\*innen in Kommunen berücksichtigen, werden in der Migrations- und Integrationsforschung schon lange diskutiert: Nicht nur migrantische Netzwerke, auch Versorgungsstrukturen, die Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen sowie flexible Kinderbetreuung- und Arbeitsmöglichkeiten können hierbei eine Rolle spielen. Neben diesen Kriterien spielen jedoch auch „weiche Faktoren“ wie Sicherheit oder soziale Bindungen bei persönlichen Abwägungen von

Geflüchteten zum Bleiben oder Umzug eine Rolle (vgl. Ager, Strang 2008, Kordel 2017). Die gesellschaftlichen Bedingungen in der Aufnahmegesellschaft können also ein wichtiger Einflussfaktor sein. Insbesondere sächsische Kommunen standen in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Ereignisse in der Öffentlichkeit, die eine Herausforderung bei der Integration vor Ort darstellen könnten, beispielsweise die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Heidenau 2015. Gleichzeitig haben sich in vielen Regionen Sachsens neue zivilgesellschaftliche Netzwerke gebildet, die stärker als je zuvor Geflüchtete unterstützen. Die Notwendigkeit diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen, steigt demnach an, da die Wohnsitzzuweisung auch längerfristig Geflüchtete in ländlichen Regionen binden wird. Hierfür nutzen wir in unserer eigenen Forschung das Konzept der „Rezeptivität“.

#### Rezeptivität – ein Gradmesser für Integrationsmöglichkeiten in ländlichen Räumen?

Grundlage für Integrationsmöglichkeiten von zugezogenen Migrant\*innen und im speziellen Fall von Geflüchteten in ländlichen Regionen ist vor allem die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, sich auf neu ankommende Migrant\*innen einzulassen. Diese Bereitschaft ist sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlich-institutioneller Ebene notwendig. Für das geplante Forschungsvorhaben haben wir uns für den Begriff der receptivity, also der Empfänglichkeit oder Rezeptivität (Harden et al. 2015; McDaniel, Smith 2017) der lokalen Aufnahmegesellschaft entschieden.

Rezeptivität wird als erster wesentlicher Schritt möglicher Integrationsprozesse (Harden et al. 2015) genannt. Der Begriff fokussiert auf die Haltung der bereits vor Ort wohnenden Personen gegenüber Neuzugezogenen sowie vice versa und wird daher als Konzept in Bezug auf Immigration als Gradmesser für Offenheit (Openness) bezeichnet (McDaniel, Smith 2017, S. 1062). Das Konzept geht von Integration als einem mehrdimensionalen Prozess aus, der sowohl auf zwischenmenschlicher als auch auf institutioneller, politischer und wirtschaftlicher Ebene stattfindet. Die Rezeptivität einer Bevölkerung wird unter anderem durch kontextuelle und strukturelle Faktoren bedingt, wie zum Beispiel wirtschaftliche, soziale

<sup>1</sup> Hierbei sei beispielsweise an Saisonarbeiter\*innen oder Aussiedler\*innen zu denken (vgl. Oltmer 2016).

<sup>2</sup> Nach Zahlen des Ausländerzentralregisters Stand 31.12.2017; Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Drs.-Nr. 6/1117

<sup>3</sup> In Sachsen äußern sich jedoch auch Vertreter\*innen von Landratsämtern kritisch gegenüber einer Wohnsitzauflage, siehe etwa <https://www.sz-online.de/sachsen/streit-ueber-geplante-wohnsitzauflage-3800609.html>.



und räumliche Lage eines Ortes sowie bestehende politische und institutionelle Strukturen (ebd., S. 1063). Daher kann die Rezeptivität zwischen Orten eines Landkreises sowie innerhalb eines Ortes oder einer Stadt verschieden ausfallen, falls sich die sozioökonomischen und politischen Strukturen stark unterscheiden.

Weitere beeinflussende Faktoren können sogenannte Schlüsselpersonen sein, die sich auf lokaler Ebene zu Themen der Integration klar äußern. Vor allem in ländlichen Räumen wird ihnen (zum Beispiel Bürgermeister\*in, Gemeinderat\*in, Pfarrer\*in etc.) eine tragende Rolle zugeschrieben, da sie auf die Rezeptivität der Menschen vor Ort einwirken und eine wärmere oder kältere Rezeptivität gegenüber Geflüchteten bewirken können. McDaniel und Smith verweisen darauf, dass in Orten, in denen eine „warm receptivity“ vorhanden ist, langfristige Integrationsprozesse einfacher möglich sind als in Regionen mit

**Regionen mit langfristig integrierten Einwander\*innen erweisen sich als resilienter gegenüber ökonomischen und sozialen Krisen als jene Regionen, in denen Migrant\*innen schlechtere Integrationsmöglichkeiten erhalten.**

einer „cold receptivity“ (ebd.). Weiter kann sich receptivity über längere Zeit verändern beziehungsweise können auch unterschiedliche Grade der Offenheit nebeneinander bestehen. Eine weitere Beobachtung ist, dass sich Regionen mit langfristig integrierten Einwander\*innen als resilienter<sup>4</sup> gegenüber ökonomischen und sozialen Krisen erweisen als jene Regionen, in denen Migrant\*innen schlechtere Integrationsmöglichkeiten erhalten.

Das Konzept der Rezeptivität bietet die Möglichkeit, differierende Einstellungen der jeweiligen lokalen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten in Zusammenhang mit Integrationsspezifika ländlicher Räume zu analysieren. Des Weiteren können alle Facetten von Einstellungen herausgearbeitet werden, die zwischen den polarisierenden Meinungen wie „refugees welcome“ und einer totalen Ablehnung gegenüber Geflüchteten liegen. Im Licht des jeweiligen lokalen Kontexts betrachtet, kann so ein differenziertes Verständnis von lokaler Rezeptivität er-

zielt werden. Die daraus gewonnenen Ergebnisse bieten Ansatzpunkte, um auf zivilgesellschaftlicher Ebene zielgerichteter zu agieren und eine „warm receptivity“ zu fördern: „the success of immigrants depends not only on individual adaptation but, equally important, on the extent to which social and economic conditions and related policies facilitate their integration“ (Dalla, Christensen 2005, S. 39, zit. in Prins, Willson Toso 2012, S. 438).

#### **Integration von Geflüchteten und die Rolle der Zivilgesellschaft: Ausblick**

Im Rahmen des bundesweiten Verbundprojekts „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ untersuchen wir als Forschungsgruppe an der TU Chemnitz seit März 2018 die Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft in Bezug auf die Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen. Das Verbundvorhaben zielt darauf ab, eingehend zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen und wie humanitäres Engagement und ländliche Entwicklung erfolgreich verbunden werden können und wie dies von Politik und Zivilgesellschaft positiv beeinflusst werden kann. Entsprechend dieser Orientierung an Fragen der politischen Steuerung will das Verbundprojekt auch etwaigen politischen Handlungsbedarf in Bezug auf das Thema Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen identifizieren und Handlungsempfehlungen an die Politik formulieren. Das Projekt wird ländliche Landkreise in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen untersuchen und dabei vier Dimensionen unterscheiden: Integrationspotenziale ländlicher Räume in Deutschland, die Sichtweise der Geflüchteten, die lokale Integrationspolitik und deren Unterstützung durch Land, Bund und EU sowie das zivilgesellschaftliche Engagement und die Einstellung der Aufnahmegesellschaft. Ab Anfang 2019 kann mit ersten Ergebnissen gerechnet werden. ●

*Anschrift korrespondierende Autorin:*

*JProf. Dr. Birgit Glorius, Humangeographie Ostmitteleuropas, Institut für Europäische Studien, TU*

<sup>4</sup> Der Resilienz-Begriff bezeichnet im sozialwissenschaftlichen Kontext die „Anpassungs- aber auch Transformationskapazitäten gesellschaftlicher Akteure auf allen Ebenen [...]“ (Bobar, Winder 2018, S. 89).



**Miriam Bürer, M.A.**, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Studien an der TU Chemnitz. Nach Abschluss ihres Masterstudiums Osteuropastudien in den Disziplinen Europäische Ethnologie und Geschichte an der LMU München hat sie als Beraterin in der Flüchtlingshilfe in Vorarlberg gearbeitet und damit Einblicke in unterschiedliche Umgangsformen zu Themen der Integration auf lokaler Ebene bekommen.

**Birgit Glorius, Dr.**, ist Professorin am Institut für Europäische Studien an der TU Chemnitz. Nach Studium und Promotion im Bereich Humangeographie wirkt sie seit 2013 als Juniorprofessorin für Humangeographie an der TU Chemnitz. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Europäischen Migrationsforschung.

**Hanne Schneider, M.A.**, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Studien an der TU Chemnitz. Seit ihrem Masterstudium der Migrationswissenschaften in Osnabrück beschäftigt sie sich mit kommunalen Fragen von Migration und Integration, u.a. im Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und bei der Robert Bosch Stiftung.

## Literaturverzeichnis:

- Ager, A., Strang, A. (2008): *Understanding Integration: A Conceptual Framework*. In: *Journal of Refugee Studies* 21 (2), S. 166–191.
- Bobar, A., Winder, G. 2018: *Der Begriff der Resilienz in der Humangeographie*. In: Karidi, M., Schneider, M., Gutwald, R. (Hrsg.): *Resilienz. Interdisziplinäre Perspektiven zu Wandel und Transformation*. Wiesbaden, Germany: Springer, S. 83–99.
- Braun, R., Simon, H. (2015): *Familien aufs Land – Teil 2: Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und die sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen*. empirica paper Nr. 230, Version 3. Berlin/Bonn.
- Dalla, R., Christensen, A. (2005): *Latino Immigrants Describe Residence in Rural Midwestern Communities: A Longitudinal Assessment of Social and Economic Change*. In: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 27(1), S. 23–42.
- Franke, S., Magel, H. (Hrsg.): *Flüchtlinge aufs Land? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen*, 106. Hanns-Seidel-Stiftung, München.
- Harden, S. B., McDaniel, P. N., Smith, H. A., Zimmern, E., Brown, K. E. et al. (2015): *Speaking of Change in Charlotte, North Carolina: How Museums Can Shape Immigrant Receptivity in a Community Navigating Rapid Cultural Change*. In: *Museums and Social Issues. A Journal of Reflective Discourse*, Vol. 10, 2, S. 117–133.
- Kordel, S. (2017): *Zuwanderung in ländliche Räume Europas. Zur Diversität von rural mobilities*. In: *Europa Regional* 24 (3–4), S. 3–15.
- McDaniel, P. N., Smith, H. A. (2017): *Receptivity's Construction in Public Schools: a Component of Immigrant Integration in an Emerging Gateway*. In: *Journal of International Migration and Integration* 18;4: 1061–1081. [doi: 10.1007/s12134-017-0522-4].
- Ohliger, R., Schweiger, R., Veyhl, L. (o.J.): *Auf dem Weg zur Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen: Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in sieben Landkreisen*. Robert-Bosch-Stiftung. Verfügbar unter [https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf\\_import/Bedarfsanalyse\\_Fluechtlingsintegration\\_in\\_laendlichen\\_Raeumen.pdf](https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf_import/Bedarfsanalyse_Fluechtlingsintegration_in_laendlichen_Raeumen.pdf).
- Oltmer, J. (2016): *Globale Migration. Geschichte und Gegenwart*. München.
- Prins, W., Willson Toso, B. (2012): *Receptivity toward Immigrants in Rural Pennsylvania: Perceptions of Adult English as Second Language Providers*. In: *Rural Sociology*, DOI: 10.1111/j.1549-0831.2012.00081.x.
- Statistisches Landesamt Sachsen (2013): *Bevölkerungsstand des Freistaates Sachsen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen* 30. Juni 2013.